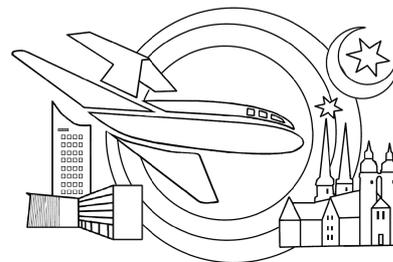


Presse-Information

03/2009 – 30. März 2009



Friedensaktivisten vernetzen sich europaweit

Im Vorfeld des NATO-Gipfels fand am 25. März im EU-Parlament in Strasbourg eine Anhörung zu ausländischen Militärbasen in Europa statt. Die Gründung des Militärpaktes jährt sich in Kürze zum 60. Mal. Auch Vertreter der IG Nachtflugverbot Leipzig/Halle e. V. sowie der Aktionsgruppe „Flughafen militärfrei“ folgten einer parlamentarischen Einladung.

In Expertenreferaten wurde der spätestens seit 1999 extrem aggressive Charakter der NATO deutlich. Die damals in Washington beschlossene Militärdoktrin beinhaltet u. a. die Möglichkeit des Ersteinsatzes von Nuklearwaffen. Weiterhin ist eine sogenannte „Selbst-Mandatierung“ vorgesehen, d. h. einzig und allein das Militärbündnis selbst entscheidet über weltweite Militäroperationen. Dies widerspricht allerdings eindeutig den Festlegungen der völkerrechtlich verbindlichen UN-Charta. In Art. 2 Abs. 4 ist dort festgelegt, dass ausschließlich der UN-Sicherheitsrat militärische Zwangsmaßnahmen gegen UN-Mitgliedsstaaten beschließen darf.

Die NATO setzt sich folglich unter Führung der USA und auch mit umfassender Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland selbstherrlich und eigenmächtig über die grundlegenden Prinzipien des Völkerrechts hinweg. Praktiziert wurde dies bereits im Jahre 1999 beim Krieg gegen Jugoslawien, dessen Unterstützung von der damaligen rot-grünen Regierung unter Verletzung des Völkerrechts beschlossen worden ist.

Die NATO sieht ihre Aufgaben nicht mehr – wie das auch grundgesetzlich abgesichert wäre – in der Verteidigung ihrer Mitgliedsstaaten gegen äußere Angriffe, sondern

- in der Abschirmung des Westens gegen Migrationsbewegungen aus der „Dritten Welt“
- in der Bekämpfung von (Hunger-)Aufständen in den Ländern der „Dritten Welt“ sowie
- in der Sicherung der Rohstoff- und Energieversorgung des Westens.

So erklärt sich auch die Aussage des früheren Bundesverteidigungsministers Struck, die Freiheit Deutschlands werde auch am Hindukusch verteidigt.

In der anschließenden Diskussion hatte auch Michael Teske, Vorsitzender der IG Nachtflugverbot Leipzig/Halle e. V., die Gelegenheit, die Entwicklung des Flughafens Leipzig/Halle zum Militär- und Frachtdrehkreuz darzustellen. Mit ungläubigem Kopfschütteln wurde die Tatsache zur Kenntnis genommen, dass der militärische Missbrauch des eigentlich zivilen Verkehrsflughafens ohne jegliche behördliche Genehmigung und mit Verheimlichung vor der betroffenen Bevölkerung zustande gekommen ist.

Tobias Pflüger, Militärexperte der LINKEN und EU-Abgeordneter in der Fraktion GUE/NGL (Vereinigte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke), bezeichnete den Flughafen Leipzig/Halle als ein typisches Beispiel für die Kombination aus NATO-Stützpunkt (NATO-Frachttransporte mit AN-124), Drehscheibe der US-Army (Zwischenlandungen von bereits 450.000 amerikanischen Soldaten pro Jahr auf dem Weg in den völkerrechtswidrigen Irakkrieg und zurück) und Verquickung von militärischen mit zivilen Dienstleistungen (Transport von militärischen Ausrüstungsgegenständen durch DHL im Auftrag der Bundeswehr).

Als wichtiges Ergebnis der Anhörung wurde eine europaweite Vernetzung der gegen die schleichende Militarisierung der EU aktiven Friedensgruppen und Bürgerinitiativen beschlossen. Ziel ist sowohl ein Austausch von Informationen als auch die Vorbereitung gemeinsamer Aktionen.

Informationen zu den friedlichen Protesten gegen den NATO-Gipfel am 04. April:

www.nato-zu.de

IG Nachtflugverbot Leipzig/Halle e.V.

Vorstand: Michael Teske
Nachtflugverbot-Halle@online.de
www.nachtflugverbot-leipzig.de
Georg-Schumann-Straße 339, 04159 Leipzig

Tel. 0345 / 7820591
Fax 0345 / 7820592